

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Erster Mai und Kommunisten.

Tag des Festes oder Tag des Krachens?

„Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ lautet der Ruf, unter dem sich in früheren Jahren die Arbeiter der ganzen Welt zur gemeinsamen Kundgebung für Weltfrieden und Achtstundentag, gegen die Mächte des Kapitalismus und der Reaktion zusammenschlossen. Das ist anders geworden, seit es eine kommunistische Partei gibt. „Proletarier aller Länder, spaltet euch und bekämpft euch gegenseitig!“ heißt es seitdem — auch am 1. Mai.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund haben einen gemeinsamen Aufruf zur Maifeier erlassen. Dieser Aufruf gefällt der „Roten Fahne“ nicht. Lobend und schimpfend fällt sie über ihn her. Sie findet ihn „lendensahn“, sie will als Vertreterin einer kleinen Minderheit der Organisation der Millionen beschließen, welche Forderungen sie am 1. Mai zu proklamieren hat, und sie ist besonders aufgebracht, weil der gewerkschaftliche Aufruf den Arbeitern „die Erhaltung der demokratischen Republik“ dringend ans Herz legt. Im Namen der Arbeiterschaft zu sprechen sind natürlich die Vorstände der Gewerkschaften nicht befugt, das ist die „Rote Fahne“ allein. Und so legt sie los:

Die Arbeiterschaft... lehnt das Anfinnen ab, für die Erhaltung des kapitalistischen Staates einzutreten, was der ADGB unter der „Erhaltung der demokratischen Republik in unserem Vaterlande“ versteht.

Die „Rote Fahne“ scheut also vor der blödsinnigen Unter-

stellung nicht zurück, die Gewerkschaften fordern die Arbeiter dazu auf, am 1. Mai „für die Erhaltung des kapitalistischen Staates“ zu demonstrieren!

Unter solchen Umständen kann es nun als unfreiwillige Komik wirken, wenn die „Rote Fahne“ die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie zu gemeinsamen Kundgebungen am 1. Mai auffordert. Sie tut das auf ihre eigene Weise, indem sie ruft: Erzwingt die gemeinsame Demonstration! Brecht die Widerstände. Dieses kommunistische Rezept, andere zur Liebe zu zwingen, hat keine Aussicht auf Erfolg. Mögen die Kommunisten den 1. Mai in ihrer Weise unter sich feiern. Aber von erblühenden Arbeitern, denen der Begriff der gewerkschaftlichen Disziplin aufgegangen ist, und von überzeugten Sozialdemokraten können sie nicht verlangen, daß sie zur Feier des 1. Mai dahin gehen, wo ihre Gewerkschaften und ihre Partei in der dümmsten und schmutzigsten Weise beschimpft werden.

Die KPD. steht seit längerer Zeit in dem schwarzen Verdacht, ihre Stellung zur Demokratie geändert und ihre putschistischen Illusionen aufgegeben zu haben. Offenbar hat ihre gegenwärtige Führung das lebhafteste Bedürfnis, sich von diesem Verdacht gründlich zu reinigen, indem sie den Kampf gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie in besonders widerwärtiger Weise führt. Das wird ihr nicht gelingen. Aber, wenn man sieht, was diese Leute aus unserem 1. Mai machen wollen, dann paßt einen der Efel-

Der Volksentscheid.

Ein Beitrag zu seiner Geschichte.

Von Paul Kampffmeyer.

Das von über 12 1/2 Millionen Unterschriften getragene Volksbegehren zur Enteignung der Fürsten hat mit einem Ruck die Bedeutung der direkten Volksgesetzgebung dem deutschen Volke klargestellt. In dieser Art der Gesetzgebung eröffnet sich der Nation ein Weg zur Lösung großer politischer und sozialer Aufgaben, wenn sich die parlamentarische Maschine in einer drängenden lebenswichtigen Frage einmal festgefahren hat.

Daß die direkte Volksgesetzgebung, also eine neue Institution, in die Weimarer Reichsverfassung gelangte, ist im wesentlichen der jahrzehntelangen Propaganda der deutschen Sozialdemokratie für diese Art der Gesetzgebung geschuldet.

Die Verwirklichung der direkten Volksgesetzgebung im Rahmen einer großen Nation ist zuerst von dem Sozialdemokraten M. Rittinghausen propagiert worden. Im Jahre 1848 stellte er in einer Kölner Versammlung dem Repräsentativsystem die direkte Volksgesetzgebung gegenüber. Nach der Ausweisung von Karl Marx und dem Eingehen der „Neuen Rheinischen Zeitung“ gründete er mit dem „roten“ Dr. Becker die „Westdeutsche Zeitung“, in der er unermüdet für die direkte Gesetzgebung agitierte. Die Verfolgungswut der preussischen Reaktion warf dann den wackeren sozialen Demokraten Rittinghausen aus seinem Vaterlande hinaus, und er nahm seinen Wohnsitz in Paris. Hier gewann er das Haupt der sozialistischen Fourier-Schule, Victor Considérant, für die direkte Volksgesetzgebung. Im September 1850 veröffentlichte er in dem Blatte „La démocratie pacifique“ (die friedliche Demokratie) drei in französischer Sprache geschriebene Aufsätze unter der Ueberschrift „Die direkte Gesetzgebung durch das Volk und die echte Demokratie“. Diese Aufsätze alarmierten förmlich die französische Presse und entzündeten eine sehr lebhaft diskutierte Frage in den politischen Klubs Frankreichs.

Eine große Zahl französischer Zeitungen, unter ihnen Ledru-Rollins „Voix du Proletariat“ sprachen sich für den Vorschlag Rittinghausens aus. Der in einer Arbeit von fünf Monaten erzielte Erfolg war um so höher zu bewerten, als sich damals sechs Departements, in denen der demokratische Sozialismus die stärkste Anhängerzahl besaß, unter dem Belagerungszustand befanden. Von den Führern der französischen Demokratie hatten sich außer den schon genannten Ledru-Rollin und Victor Considérant, auch Félix Pyat, Caussidière, Descluse und Victor Hugo für den Vorschlag ausgesprochen; nur Proudhon und Louis Blanc blieben abseits.

Mit dem Staatsreich des Dezerbermanns Louis Napoleon brach 1852 jede Propaganda für die direkte Volksgesetzgebung in Frankreich ab. Aber der Mörder der Demokratie in Frankreich, Louis Napoleon, mußte es noch erleben, daß in seinem Nachbarland, in der Schweiz, die direkte Volksgesetzgebung Form und Gestalt annahm; 1874 wurde das Gesetzreferendum im Bund eingeführt. Sehr tüchtige Fortschritte hatte bereits vorher die direkte Volksgesetzgebung in einzelnen Kantonen gemacht.

Auf dem internationalen Kongress zu Basel 1869 verfauchte Rittinghausen im Kampfe gegen den Anarchisten Bakunin die direkte Volksgesetzgebung auf die Tagesordnung dieses Kongresses zu bringen, aber, obwohl er sich der stärksten Unterstützung Wilhelm Liebknechts erfreute, scheiterte sein Versuch.

Im gleichen Jahr hielt Rittinghausen auf dem Eisenacher Kongress der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei eine feurige Rede für diese Volksgesetzgebung: „Sie, meine Herren, wollen nicht nur dies Abknüpfungsrecht, sondern auch die gesetzliche Initiative des Volkes: die direkte Gesetzgebung durch das Volk in ihrer Reinheit: darum lassen Sie das Wort Referendum fallen.“ In der Tat, der Parteitag strich das Wort Referendum und die Programmforderung lautete nun: „Einführung der direkten Gesetzgebung durch das Volk.“ Das bedeutete eigentlich die förmliche Ablehnung der parlamentarischen Gesetzgebung.

Das Gothaer Einigungsprogramm rüttelte 1875 nicht an diesem Programmpunkte. Es forderte direkte Gesetzgebung durch das Volk. 1891 präzisierter der sozialdemokratische Erfurter Parteikongress diese Forderung und sprach von einer direkten Anteilnahme des Volkes an der Gesetzgebung vermittelt des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Liebknecht erläuterte diese Programmforderung so:

„Das heißt, wir wollen nicht, daß der Schwerpunkt des politischen Lebens in das Parlament kommt. Der Schwerpunkt liegt nach dem demokratischen Prinzip im Volk selbst, und das soll nicht darauf angewiesen sein, zu warten, bis von oben herab, aus der Volksvertretung, notwendige oder erwünschte Gesetze und Gesetzesvorschläge kommen — nein, es soll selber das Recht der Initiative haben.“

Als sich das Volk in Weimar 1918 eine demokratische Verfassung gab, verleihte es ihr sofort das Vorschlags- und Verwerfungsrecht ein. Und im März dieses Jahres wurde dann ein von den Sozialdemokraten und Kommunisten ausgearbeiteter Gesetzentwurf dem Volke zur Unterschrift vorgelegt. Das Resultat ist bekannt.

Die direkte Volksgesetzgebung hat bisher in keinem Lande die gesetzliche Arbeit des Parlamentes ausgeschaltet, wohl aber sie zmedvoll ergänzt.

Tagung der Sozialistischen Internationale.

Die Exekutive in Zürich.

Zürich, 10. April. (Eigener Drahtbericht.) Am 11. und 12. April tritt im Volkshaus in Zürich die Exekutive der S. I. zu einer Tagung zusammen. Auf der umfangreichen Tagesordnung stehen u. a. folgende Punkte:

Berberatung des Weltwanderungskongresses, der vom 18. bis 21. Mai in London von der S. I. und dem Internationalen Gewerkschaftsbund gemeinsam abgehalten werden wird.

Aktion für die Ratifikation der Washingtoner Konvention über den Achtstundentag.

Kampf gegen die Reaktion in den Ländern der politischen Verfolgungen.

Stellungnahme zur Wirtschafts- und Abrüstungskonferenz des Völkerbundes.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist vertreten durch die Genossen Hermann Müller, Otto Wels und Artur Crispian.

Neue Vertagung der Abrüstungskonferenz?

Einwände von Nachbarn Sowjetrußlands.

London, 10. April. (W. B.) Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ weist darauf hin, daß die Ankunft Houghtons, der jüngst in Washington die Unaufrichtigkeit Europas in der Abrüstungsfrage gebremst habe, mit einem Feldzug der französischen Presse, darunter des „Temps“, zugunsten einer weiteren Aufschubung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz über den 18. Mai hinaus zusammenfällt.

Der Korrespondent nimmt an, daß die Anregung für eine weitere Vertagung wahrscheinlich von einigen Nachbarn Rußlands ausgehen werde, und zwar entweder vor Zusammentritt der Konferenz oder ein oder zwei Tage danach. Es könne nicht bestritten werden, daß die hohen Erwartungen und Hoffnungen, die noch vor kurzem in weiten Kreisen bezüglich der Ergebnisse dieser Konferenz gehegt worden seien, infolge der letzten europäischen Ereignisse eine beträchtliche Verminderung erfahren hätten.

Frankreich sucht die Sowjetunion zur Teilnahme zu bewegen

Moskau, 10. April. (T. U.) Der französische Botschafter in Moskau Herbette hat in einer Unterredung mit Tschitscherin erklärt, daß die Sowjetregierung einen großen Fehler begehen würde, wenn sie der Abrüstungskonferenz fernbliebe. Die französische Regierung sei bereit, sich einmal die Vermittlungsrolle zwischen Sowjetrußland und der Schweiz zu übernehmen. Tschitscherin erklärte, er müge Briand den Dank der Sowjetregierung für seine Bemühung überbringen, lehnte es aber ab, neue Verhandlungen mit der Schweiz aufzunehmen. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß die Sowjetregierung in den nächsten Tagen eine Erklärung veröffentlichen wird, aus welchen Gründen sie an der Abrüstungskonferenz nicht teilnehmen könne.

Auf dem Wege zum Waffenstillstand.

Frankösisch-spanische Verständigung über Marokko.

Paris, 10. April. (Eigener Drahtbericht.) Den eigentlichen Friedensverhandlungen über Marokko, die voraussichtlich gegen den 15. April beginnen, werden in Paris Vorbesprechungen zwischen den französischen und spanischen Delegierten vorausgehen, die dazu bestimmt sind, die gemeinsamen Bedingungen der beiden Länder festzusetzen. Die Verhandlungen in Ujda werden zunächst die Bedingungen für den Waffenstillstand zum Gegenstand haben, erst später werden die eigentlichen Friedensverhandlungen beginnen, die, wie angekündigt wird, auf der Grundlage der bestehenden internationalen Verträge und des im vergangenen Jahr abgeschlossenen Madrider Abkommens geführt werden sollen. Abd el Krim wird bei diesen Verhandlungen von Frankreich und Spanien nicht als Oberhaupt eines

souveränen Staates, sondern als Häuptling seines Stammes betrachtet werden. Die übrigen aufständischen Stämme werden von den beiden Regierungen aufgefordert werden, besondere Bevollmächtigte zu den Verhandlungen zu entsenden. Näheres über die Bedingungen, die Frankreich und Spanien Abd el Krim zu gewähren gedenken, ist noch nicht bekannt. Der „Matin“ glaubt zu wissen, daß man Abd el Krim zwingen werde, nicht nur die Souveränität des Sultans, sondern auch das spanische Protektorat anzuerkennen. Man rechnet hier mit langwierigen und schwierigen Verhandlungen, deren Ausgang noch nicht vorauszuweisen ist. Ein Scheitern der Verhandlungen würde die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zur Folge haben.

Was Spanien und Frankreich erreichen wollen.

Paris, 10. April. (W. B.) Nach einem Bericht von Havas ist anzunehmen, daß unter dem Programmpunkten für die Verhandlungen zwischen Vertretern der Riksteu und Vertretern Frankreichs und Spaniens die folgenden zu finden sind:

1. Abschluß eines militärischen Waffenstillstandes nach Befehung von bestimmten Stellen.
2. Unverzüglicher Austausch der Kriegsgefangenen.
3. Neutralisierung einer bestimmten Zone bis zur Verständigung über die Berichtigung der streitigen Grenzlinie.
4. Entsendung der für die Erhebung verantwortlichen Führer.

Erst wenn eine Einigung über diese Vorbedingungen erzielt sei, könnten die eigentlichen Friedensverhandlungen auf der Grundlage der Madrider Abmachungen beginnen.

Die niedergeschlagene Meuterei.

Athen meldet das Ende des Militärputsches.

Athen, 10. April. (Weldung der Agence d'Athènes.) Nach amtlichen Meldungen haben sich die Führer der Meuterei in Saloniki und ungefähr 200 Soldaten, die sich ihnen angeschlossen hatten, dem Kommandeur des Armeekorps von Saloniki bedingungslos ergeben. Sie werden mit der Flotte nach Athen gebracht werden. Die Rädelsführer werden vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Italiens Kolonialausdehnung.

Vorschlagsforbeeren für die Tripolisreise.

Die faschistische Presse legt Mussolinis Tripolisreise größte Bedeutung bei. Sie sieht darin einen Beweis für den neuen von Mussolini eingeleiteten Volkswillen zur kolonialen Ausdehnung. Für Italien mit seinem Vorkolonialtum sei diese Ausdehnung eine Naturnotwendigkeit, anders wie für Frankreich, das zur Kolonisation der Heimat und der nordafrikanischen Kolonien schon auf fremde Arbeitskräfte zurückgreifen müsse.

Dem Mißtrauen der französischen Presse setzt „Giornale d'Italia“ die Aufforderung an die anderen Staaten entgegen, über diese italienischen Forderungen nachzudenken, da der europäische Friede nur durch gerechte Würdigung dieser italienischen Forderungen gewährleistet sei!

Nach dem „Messaggero“ will Mussolini mit der Reise in feierlicher Weise vor aller Welt das Interesse Italiens am Mittelmeer feststellen, das immer die Basis italienischer Größe gewesen sei. Wenn Italien das Mittelmeer auch nicht als „mare italicum“ betrachten wolle, so könne es doch nicht zugeben, daß irgendeine Macht im Mittelmeer die Vorherrschaft beanspruche oder die Freizügigkeit im Mittelmeer behindere.

Wehnlich spricht sich der Unterstaatssekretär des Kolonialministeriums, Abgeordneter Cantalupo, aus. Er schreibt: „Mussolinis Programm umfaßt nicht nur die Kolonialpolitik im Sinne einer notwendigen Expansion, sondern auch die Erziehung des ganzen Volkes zum kolonialen Gedanken. Italien ist zur Kolonialpolitik in Afrika um so mehr befähigt, da es stets volles Verständnis für die religiöse und kulturelle Bedeutung des Islams gezeigt habe.“

Die Schweiz verfügt jetzt bereits über eine mehr als fünfzigjährige Erfahrung über die Handhabung des Referendums. Der beste Kenner der schweizerischen Volksgesetzgebung, der Demokrat Theodor Curti, nannte in seiner Schrift: Die Resultate des Schweizerischen Referendums (S. H. B. Diez Verlag 1898) „eine politische Schule und dadurch ein eminentes Kulturelement“. An die Volksabstimmungen schlossen sich vielfach in den schweizerischen Kantonen tiefgehende Reformen der Volksschulbildung an. Dadurch hob sich das politische Kultur-niveau beträchtlich. Die Volksabstimmungen „rufen“ nach Curti den „Parlamentariern ihre Pflicht ins Gedächtnis zurück“, sie ermahnen sie, enge Fühlung mit dem Volke zu suchen. Trotz möglicher rückläufiger Bewegungen „verurteile“ das Referendum die Demokratie „nicht zum Stillstande“ sondern gebe „dem Fortschritt selber Stetigkeit“.

Gerade um die „reine“, die „wahre“ Demokratie im Staate zu verwirklichen, legte sich Rittinghausen mit fast fanatischer Leidenschaft für die direkte Volksgesetzgebung ein. Er wollte die Diktatur in jeder, selbst in parlamentarischer Form unmöglich machen. Die sich auf die unmittelbare Volksabstimmung stützende Gesetzgebung bedeutete für Rittinghausen die grundsätzliche Verneinung der politischen Parteidiktatur, wie sie von dem bolschewistischen Kommunismus in Rußland geschaffen wurde.

Eine Geschichte der Vaterlandspartei.

„Die starke Stellung der gegnerischen Presse.“

Nun hat auch die selig entschlafene „Deutsche Vaterlandspartei“ der Herren Kapp und Tirpitz ihren Geschichtsschreiber gefunden. Im Rahmen der „Hallischen Forschungen zur neueren Geschichte“ erschien dieser Tage eine Schrift „Geschichte der Deutschen Vaterlandspartei“ von Karl Wortmann, Oberstleutnant a. D. Der Verfasser kann nach Lage der Dinge nicht anders als einen völligen Mißerfolg der von ihm befangenen „Bolschewegung“ feststellen. Interessant ist dabei, daß er den Fehlschlag darauf zurückführt, daß die Bewegung keine Förderung bei der damaligen kaiserlichen Regierung gefunden habe. Das angenehme Verhältnis zwischen Bethmann Hollweg und dem von ihm so benannten „Piraten der öffentlichen Meinung“, Dr. Kapp, dem späteren Urheber des Kapp-Putsch, ist ja bekannt. Ueber die Gründe des Mißerfolgs führt dann Wortmann weiter aus:

Der andere Grund liegt in der Stellungnahme der Deutschen Vaterlandspartei zu den Fragen der inneren Politik, speziell zur Wahlrechtsfrage. Sie kümmerte sich um diese Angelegenheit nicht und ließ jedem Mitglied seine Bewegungsfreiheit. Der Dreyfusse Bericht stellt sich auf den Standpunkt, daß die Deutsche Vaterlandspartei diejenigen Reformen hätte anerkennen sollen, für welche die Regierung schon festgelegt war. Hiergegen ist aber geltend zu machen, daß ja gerade die absolute Freiheit der Mitglieder in dieser Frage die Plattform abgab, auf der sich die Angehörigen der verschiedenen Parteien zusammengefunden haben. Der Großadmiral Tirpitz äußerte: „Der zweite Grund war die ungeheure Verteilung, der wir von solchen ausgeht waren, die vor allen Dingen innerpolitische Änderungen haben wollten; Änderungen, die wir gar nicht bekämpfen wollten und gar nicht bekämpft haben — das war gar nicht unsere Aufgabe —, die aber doch vielleicht glaubten, daß eine solche Hebung unserer Stimmung, wie wir sie anstrebten, die Sonderziele, die sie verfolgten, zu beeinträchtigen imstande wären.“ Die Partei konnte die starke Stellung der gegnerischen Presse — „Vorwärts“, „Berliner Tageblatt“ und „Frankfurter Zeitung“ — nicht brechen.

Warum hat der „Vorwärts“ die Vaterlandspartei bekämpft? Weil sie für den Erfolg der nationalen Verteidigung die allergrößte Gefahr war! Die nationalsozialistische Kreise, aus denen diese Partei sich gebildet hatte, begriffen nicht, daß angesichts der gegebenen Verteilung der Kräfte ein deutscher Selbsterhaltungsfrieg mit einem Verständigungsfrieden, dem sog. „Scheidemannfrieden“, das

höchste aller erreichbaren Ziele war und daß auch dieses Ziel nur dann zu erreichen war, wenn man sich vor aller Welt ganz unzweideutig zu ihm bekannte und wenn zugleich von den Massen des deutschen Volkes das drückende Gefühl genommen wurde, in ihrem Vaterland, das das Beste von ihnen forderte, doch nur Bürger zweiter Klasse zu sein. Gerade dieses Mißverstehen, das aus einem bornierten Herrsinn entsprang, mußte zur Katastrophe führen und hat zur Katastrophe geführt. Niemand hat dem Vaterland in der Zeit schwerster Gefahr schlimmeren Schaden zugefügt als die sog. „Vaterlandspartei“.

Der Republikaner vor Gericht.

Die Hege gegen Oberstaatsanwalt Asmus.

Cheumnitz, 10. April. (Eigener Drahtbericht.) Zu Beginn der Sonnabendverhandlung wurde mitgeteilt, daß das Gericht die Beweisanträge der Verteidigung auf Ladung des ehemaligen Innenministers Liepmann und Herbeischaffung bestimmter Akten und Regierungsverordnungen abgelehnt habe. Was die Verordnung des Justizministeriums angeht, so hätte Dr. Asmus wissen müssen, daß diese Verordnungen den Reichsgesetzen zuwiderlaufen. Im Laufe der weiteren Debatte über die Beweisanträge vollzog der Vertreter des Generalstaatsanwalts einen Rückzug, indem er bezüglich der Schutzhaftverordnung erklärte, daß dem Angeklagten hier auch nach seiner Auffassung kein Vorwurf zu machen sei.

Als erster Fall wurde die Angelegenheit des Amtsgerichtsrats Groß behandelt. Ein rechtsstehender Ingenieur hatte gegen Groß ein Reineidverfahren beantragt, weil dieser in einer Gerichtsverhandlung, in der er zugleich Nebenkläger und Zeuge war, eine falsche Aussage über seine politische Gesinnung und Parteizugehörigkeit gemacht habe. Dr. Asmus hatte eine Straferfolgung abgelehnt, weil er an der fraglichen Verhandlung selbst als Vertreter der Anklage fungierte und festgestellt hatte, daß der angeklagte Amtsgerichtsrat die ganz nebensächliche Äußerung als Nebenkläger getan hätte. Uebrigens hat die Generalstaatsanwaltschaft auf die Beschwerde der nationalsozialistischen Anklageerstattung hin den Oberstaatsanwalt Asmus gedeckt und die Beschwerde abgelehnt.

In einem zweiten Falle hatte der Gewerbeschuldirektor Schwarze Strafantrag wegen Beleidigung gestellt, weil ein Spielwarenfabrikant seinen Sohn nicht zum Unterricht geschickt hatte und auf Vorhaltung in Gegenwart von Kindern erklärte: „Zu so einem roten Zeichner schicke ich meine Kinder nicht.“ Nachdem von der Staatsanwaltschaft ein Einschreiten abgelehnt wurde und der Gewerbeschuldirektor sich beschwerdeführend an den Oberstaatsanwalt gewandt hatte, eröffnete dieser das Verfahren. Der Spielwarenfabrikant wurde dann auch verurteilt. Interessant war die Feststellung Asmus', daß der betreffende Gewerbeschuldirektor Mitglied der Deutschen Volkspartei war!

Der letzte der „Instruierungsfälle“ betraf die Angelegenheit Horn. Aus dem Vortrag des richterstattenden Amtsgerichtsrats Dr. Hempel war nur zu entnehmen, daß Asmus gegen neun Nationalsozialisten Haftbefehle erlassen hatte, weil sie an einer nationalsozialistischen Tagung teilgenommen hatten. In großer Erregung protestierte Asmus gegen einen derartig unschönen Aktenvortrag und stellte an Hand von etwa 20 Aktenauszügen fest, daß die Nationalsozialistische Arbeiterpartei in Sachsen verboten war und daß diese Hakenkreuzler auf nationalsozialistischen Befehl drei Tage vor dem Hitler-Putsch nach Hof kommandiert wurden, wo sie eingekleidet und verpflegt wurden, militärische Übungen abhielten und zum Kampf gegen das „rote Sachsen“ verwandt werden sollten. Die Finanzierung besorgte der Nationalsozialist Küchenmeister aus Freiberg, ein Bruder des am Rathenau-Mord beteiligten Küchenmeister. Die von den Nationalsozialisten eingelegte Haftbeschwerde wurde vom Gericht verworfen und bei einer zweiten Beschwerde lehnte auch die Generalstaatsanwaltschaft eine Haftentlassung ab. Auf nationalsozialistischen Antrag forderte dann der General Müller die Akten ein und das Oberlandesgericht verfügte schließlich die Freilassung. In der

Verhandlung wurden die Nationalsozialisten bis auf einen zu 14 drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Mit Recht wies Asmus darauf hin, daß er gar nicht anders handeln konnte, sondern daß er als Staatsbeamter, der der Republik den Treueid geleistet hatte, alles tun mußte, um die Republik gegen die Hakenkreuzler zu schützen. Er leitete ferner die Namen von 23 Nationalsozialisten mit, die sich damals des gleichen Vergehens schuldig gemacht hatten, gegen die er aber nicht einschreiten konnte, weil sie als Selbstwillige der Reichswehr beitraten!

In der Nachmittagsverhandlung werden nun die sieben zur Anklage stehenden Punkte erledigt werden. Nach Abschluß des Falles hern tritt das Gericht in die Mittagspause ein.

Nach der Befreiung.

Dank der preussischen Staatsregierung.

Kln, 10. April. (Rth.) Aus Anlaß der Befreiungsfeierlichkeiten in der ersten Rheinlandzone hat der preussische Innenminister Severing an den Vorsitzenden der rheinischen Zentrumspartei Justizrat Wönnig ein Dankschreiben gerichtet, in dem es heißt:

In der Geschichte der Befreiung des linken Rheinufers werden die Räumung der ersten Zone und die erhebenden Räumungsveranstaltungen in Köln, Bonn und Aachen einen marantanten Abschnitt bilden. Ein bleibendes geschichtliches Verdienst der fünf Kölner Parteiführer ist es, daß die im Rheinland maßgebenden Parteien und die Gewerkschaften in befähigenden politischen Angelegenheiten gegenüber scharfen Drohungen und Lockungen der Befreiung eine einheitliche Abwehrfront gebildet haben und keine Bevölkerungsgruppe einen Sonderstreit für sich allein unternommen hat. Darüber hinaus haben die Kölner Parteiführer es verstanden, durch ihre Freunde im übrigen besetzten Gebiet, die angesichts des damaligen Besatzungs- und Separatistenerrors in der Sorge um Leben, Freiheit und das tägliche Brot in einer fast unerträglichen Lage sich befanden, das Vertrauen auf die Hilfe, die Kraft des Staates, den Zusammenhalt des deutschen Volkes zu sichern und zu bewahren. Zu dem historischen Augenblick, in dem mit der Räumung der ersten Zone des alibefetzten Gebiets gewisse ausländische machtpolitische Pläne auf deutschem Boden zurückgedämmt wurden, ist es mir ein Bedürfnis und eine Freude, Ihnen, sehr verehrter Herr Justizrat, namens der preussischen Staatsregierung herzlichsten Dank für alles das zu sagen, was Sie in schwerster Zeit für Ihre rheinische Heimat, für Reich, Staat und Volk durch Rat und Tat geleistet haben.

Erholung an der Börse.

Da aus Holland und London Käufe vorlagen und die Provinz und die Abträge zu Deckungen am Wochenende schritt, erholte sich an der heutigen Sonnabendbörse die Tendenz von den geizigen Ermattungen. Romanaktien gewannen bis zu 3 Proz. und mehr, auch Kalkwerter lagen fest, ebenso Farben- und Elektropapiere. Die Spezialitäten des Industrieaktienmarktes gleichfalls gut gefragt. Schiffahrtsaktien sehr still. Banken freundlich. Der Rentenmarkt zeigte für alle Pflandbriefe freundliches Aussehen. Kriegsanleihe 0,462. Schuggebiet 6,45. Zoten nicht ganz einheitlich. Der Geldmarkt bleibt leicht.

Neue Arbeitslosendemonstrationen in Warschau. Am Freitag fanden in Warschau wieder große Arbeitslosendemonstrationen statt, die vor dem Arbeitsministerium Aufstellung nahmen. Nach längeren Bemühungen gelang es der Polizei, die Demonstranten zum Auseinandergehen zu veranlassen.

Der neue französische Ackerbauminister. An Stelle des zum Innenminister ernannten bisherigen Ackerbauministers Durand, ist der radikale Abgeordnete Binet heute vormittag zum Ackerbauminister ernannt worden.

Der Pariser Emigrantenkongreß nahm zum Agrarproblem zwei Entschlüsse an: 1. Der Kongreß tritt für die Wiederherstellung geordneter wirtschaftlicher und juristischer Zustände ein, auf denen die Zivilisation aufgebaut ist, besonders aber auch für die Wiederherstellung des Privatbesitzes. 2. Der Boden soll denjenigen überlassen bleiben, die ihn bebauen; diese sollen als seine Eigentümer anerkannt werden.

An einem Tisch.

Von Iwan Heibaut.

In einem Berliner Restaurant sah ein Demokrat am Tisch. Da kam ein Herr mit einem Jägerhütel, hinten stand ein Rasierpinsel drauf. In dem Augenblick, als er das Hütel an den Haken hängte, griff der Demokrat nach der Zeitung, die an der Wand am Nagel hing. Unbefehlet hatte er den „Total-Anzeiger“ heruntergeholt. Und eh er dies Blatt, das ihn — es sei zu seiner Ehre gesagt — nicht im Geringsten reizen konnte, noch mit der anderen übriggebliebenen Zeitung hätte vertauschen können, befand sich diese bereits in den Händen des Herrn, der mit einem Rasierpinsel am Hute gekommen war. Dieser Herr war auf solche Weise, wohllos, zum „Berliner Tageblatt“ gekommen. Sehr einfach, möchte man sagen, war dieser Fall: Die beiden Leser hätten die Blätter nur tauschen müssen. Aber die beiden hatten mertwürdig feine Nasen, einander zu rekonozieren. Obgleich jeder von ihnen im Beiblatt des anderen las, wußte doch jeder, mit wem er die Ehre hatte. Und beide wagten es nicht, ein Wort zu bemerken.

So verging eine halbe Stunde. Sie saßen, jeder vor seiner verkehrten Zeitung.

„Er liest Annoncen,“ denkt der Mann, der das Tageblatt hat.

„Er lernt den Etat auswendig,“ denkt der andere über dem „Total-Anzeiger“.

„Er liest noch immer auf derselben Seite,“ bemerkt der eine im stillen.

„Er starrt immer noch auf denselben Fleck,“ beobachtet großend der andere.

Es war ein Sonntag, kein Zeitungserkäufer stand draußen, kein Kiosk war offen. Der nächste Bahnhof war weit entfernt. Die Luft war scharf, man blieb gerne beim Dien.

Und dennoch wollte keiner von beiden—in seiner Partei Interesse — das kleinste Kompromiß in dieser Sache zugestehen. Jeder war in den Augen des anderen: ein bestgehachter Mann.

Endlich schlug die eine der beiden Parteien an's Bierglas. Spielwein und Sauerkraut und einige Liter bayerisches Bier hatte der Mann zu sich genommen. Er stand heftig auf und murmelte: Schitane... Tat sein grünes Hütel auf den breiten Kopf und ging in die stille Kammer, die allen Parteien gemeinsam ist, wie das Grab in der Erde.

Der Demokrat griff feuchend nach seiner geliebten Zeitung. Aber die Wat ließ ihn in die Lippe beißen. Das Hauptblatt fehlte. Schifane! Schifane!...

Man erfieht daraus, zu welchen Mißbilligkeiten es führt, wenn ein Tisch in zwei Parteien zerfällt.

Paul-Jech-Abend. Die lebendige Volksbühnenjugend lud für den Freitagabend in den Ritteraal der Kroll-Oper ein, um den Dichter und starken Uebersetzer von Verlaine und Rimbaud, Paul Jech, einem weiteren Kreise näherzubringen. Karl Vogt ließ dem Dichter die Zunge und las zuerst Gedichte Jechs aus dem schwarzen Revier und anderen Werken. Den stärksten Eindruck erzielte er mit dem erschütternden Gedicht „vom Grubenpferde und einem Profanist“, „Das Grab der Welt“, das die verzweifelte Kämpfe um Douaumont mit atembeklemmender Anschaulichkeit beschreibt. Die Gedichte Verlaines, besonders die sündig zernüchternen, in religiöser Inbrunst zitternden, sind uns fern geworden, auch reicht hier das sprecherische Können Karl Vogts nicht aus. Viel mehr lag ihm Rimbaud, dessen phantastisch reiche Welt und drängendes Erleben immer wieder in ihren Bann ziehen. Ergreifend trug er die „Bettelkinder“ vor, auch im „Schmied“ und dem „Siebenjährigen Dichter“ bewies er sein Können und steigerte am Ende in dem wundervollen „Trunkenen Schiff“ sich selbst zu einer starken Leistung.

Die Sanierung des Salzburger Festspielhauses, dessen Krise eine Sorge des österreichischen Kunstlebens war, ist auf eine nicht alltägliche Weise erfolgt. Der ursprüngliche Plan, ein Weiberspielhaus für Mozart zu errichten, wurde bekanntlich infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse auf den Umbau einer großen Reisschule im Komplex des ehemaligen fürstbischöflichen Marstalles eingeschränkt. Die bereitstehenden Bautkosten wurden aber trotzdem um das Dreifache überschritten, so daß schließlich ein Schuldenstand von 2 Millionen Schilling bestand. Hauptgläubigerin ist die Bayerische Hypothek- und Wechselbank München. Die Sanierung erfolgte nunmehr auf der eigenartigen Grundlage, daß Stadt und Land Salzburg mit der Bank solidarisich für eine Anleihe von 3 Millionen Dollar (21 Millionen Schilling) haften, welche die Salzburger Filiale der Bank für ihre Zwecke aufnimmt, um aus dem Gewinn ihrer Geschäfte einen Ertrag dafür zu haben, daß sie auf ihre Forderung gegen das Salzburger Festspielhaus vollständig verzichtet. Außerdem streckt sie auch die übrigen zur Sanierung nötigen Mittel vor. Damit scheint der Bestand der Salzburger Festspiele gesichert, deren Programm für diesen Sommer bereits fertig vorliegt. Es verheißt drei Inszenierungen von Reinhardt, nämlich Hofmannsthal's „Jedermann“, Goethes „Faust“ (beide Teile an einem Abend) und Goldonis „Diener zweier Herren“; ferner drei Opern, die „Entführung“, die „Fledermaus“, „Ariadne“ und außerdem Orchester- und Solistenkonzerte im Festspielhaus, Mozarthaus und Dom.

Seld fruchtbar und mehret euch! Daß die deutsche Justiz in den letzten Monaten unzählige Bücher verboten und beschlagnahmt, die Autoren und Verleger durch Verhaftungen und Strafen drangalziert hat, ist heute allgemein bekannt. Eine Zusammenfassung aller dieser kulturfeindlichen Vergewaltigungen bringt die Denkschrift von Gerhart Hoffmann, die die Vereinigung linksgerichteter Verleger in Kürze herausgegeben wird. Dori findet man auch folgenden Fall, der deshalb besonders interessant ist, weil er zeigt, daß nicht nur das Schreiben und die Herausgabe „aufsässiger“ Bücher verboten ist, sondern auch Hinweis und Empfehlung. In Süchteln, einem Städtchen des Rheinlandes, fand eine Frauenversammlung statt, in der ein Herr Gerlach aus Düsseldorf ein Referat über „Kinderlegen

oder Verhütung der Schwangerschaft“ hielt. Der Referent empfahl eine Aufführungsschrift von Max Binfier, die nicht verboten ist, die Leiterin der Versammlung gab bekannt, daß diese Broschüre auf einem Büchertisch zum Verkauf ausliege. Dies ist der Tatbestand, um dessentwillen am 9. Juni 1925 das Amtsgericht in Düren, am 29. Juni 1925 das Landgericht in Mönchengladbach und am 7. Oktober 1925 der Strossenrat des Oberlandesgerichts in Düsseldorf sich in Bewegung setzten. Trotz zweimaligen Revisionsanspruchs der Angeklagten wurde schließlich vom Oberlandesgericht das Urteil des Amtsgerichts Düren bestätigt: Der Referent erhält 200 M., die Versammlungsleiterin 100 M. Geldstrafe wegen Anleitung und Hinderung auf „unzüchtige“ Schriften. Und nun bestreite noch einer, daß wir in einem Rechtsstaate leben!

Ganz wie bei uns. Der amerikanische Schriftsteller H. E. Mencken, der Herausgeber des „American Mercury“, ist zweifellos einer der geistvollsten und originellsten Köpfe, die das amerikanische Schrifttum besitz. Mit seiner scharfen Kritik der Verhältnisse in den Vereinigten Staaten hat er aber viel böses Blut gemacht, und man nennt ihn zusammen mit seinem bedeutenden Mitarbeiter George Jean Nathan die „hässlichen Buben der amerikanischen Literatur“. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, daß ihre Zeitschrift des öfteren verboten wurde. Dieses Schicksal wiederfuhr auch der Aprilnummer, deren Verbreitung durch die Post und die Zeitungspost wegen „Obszönität“ verboten wurde. Menden aber wollte sich das nicht gefallen lassen; er kündigte also öffentlich in den Zeitungen an, daß er selbst seine Zeitschrift selbstieren würde, und lud das Publikum ein, die beanstandete Nummer zu erwerben und dann selbst zu urteilen. Dieser Tage nun erschien er auf einem freien Platz in Boston (Massachusetts) in einer Autodrohke, begleitet von einem Rechtsanwalt, und begann die verbotene Nummer der großen versammelten Menge anzubieten. Er machte glänzende Geschäfte, denn das Publikum prügelte sich geradezu darum, eine Nummer der Zeitschrift zu erstehen. Dieser Aufbruch dauerte aber nur fünf Minuten, dann wurde Menden verhaftet. Er wird jetzt wegen des Besites und Verkaufes obdener Literatur angeklagt werden und hat damit wenigstens erreicht, daß die Angelegenheit vor aller Öffentlichkeit aufgerollt wird.

Erstaufführungen der Woche. Dienstag: Schlossbar-Theater: „Beizhölz vom Nil“. Donnerstag: Reichens-Theater: „Platonische Liebe“. Freitag: Renaissance-Theater: „Rommartens-Abend“.

Kranis-Vorträge. Montag (6. 7), Dienstag (5. 7), Mittwoch (6. 7), Donnerstag (6. 7), Sonnab. (8. 7), Sonntag (5. 7): „Das Schicksal der Seele“. Die Schicksale des Neros. Montag (9), Dienstag (9), Mittwoch (9), Donnerstag (9), Sonnab. (9), Sonntag (9): „Das Alpenland im Eismeer“. Rüm. (7): „Die Geheimnisse der Tierwelt“.

Neue Direktion im Lesser-Theater? Die Verhandlungen zwischen den Brüdern Rott, den Besitzern des Lesser-Theaters, und Viktor Barnowsky zwecks Uebernahme des Theaters sind, wie berichtet wird, in letzter Stunde gescheitert. Das Haus soll nunmehr an Direktor Saltberg verpachtet werden.

Richard Strauß dirigiert in London. Richard Strauß ist gestern in London eingetroffen. Er wird am Montag, den 12. April im Apollotheater bei der ersten Aufführung des Films „Der Rosenkavalier“ dirigieren.

Gewerkschaftsbewegung

Der Personalabbau bei der Reichsbahn. Er wird zur öffentlichen Gefahr.

Von der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer, die fast das gesamte Lokomotivpersonal der Reichsbahn umfaßt, wird uns geschrieben:

Wieder lenkt ein Eisenbahnunfall die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Verhältnisse, die sich bei unserer Deutschen Reichsbahn entwickelt haben. Auf der Strecke Reutte-Garmisch ist ein mit elektrischer Lokomotive gefahrener Zug am 7. April teilweise entgleist. Nur fünf verletzte Personen werden gemeldet. Ein gültiges Walten des Geschickes, nicht etwa verantwortungsloses Vorbeugen der Reichsbahngesellschaft, spielt hier nicht. Im Gegenteil scheint man in der Leitung der Deutschen Reichsbahn nur noch eins zu kennen, und zwar Uebersehungsirrtum um jeden Preis.

Denn die wahre Ursache des Unfalles ist die Einmann-Befehlsung auf Lokomotiven der elektrisch gefahrenen Züge. Hier soll durch Personalersparnis im wichtigsten Betriebsdienst weiterer Uebersehungsirrtum heraufgewirbelt werden. Seit Einführung dieser, die Sicherheit der Reisenden gefährdenden Bestimmungen, haben wir gewarnt und immer wieder die Verwahrung der Reichsbahn an kleinen Beispielen darauf hingewiesen, daß der Zugbegleitbeamte gar nicht in der Lage ist, den zweiten Mann auf der Lokomotive zu ersetzen. Er hat mit der Erledigung seiner Arbeiten, wie der Unfall Garmisch beweist, voll und ganz zu tun und kann dem Lokomotivführer nur in den seltensten Fällen eine Hilfe sein. Dieses haben wir an so vielen Beispielen bewiesen, daß daran kein Zweifel mehr bestehen kann. Diese Tatsache ist auch nicht mit der Behauptung aus der Welt geschafft, daß bisher keine größeren Unfälle passiert sind, im Gegenteil, man verneimt einmal alle Lokomotivführer elektrischer Fahrzeuge der Reichsbahn vor einem neutralen Ausschuss, und Berge von Material würden sich ergeben über die Abwendung von Gefahren im letzten Augenblick unter Ausbietung aller geistigen und körperlichen Kräfte.

Unter allen möglichen Strafandrohungen, besonders Abbaumassnahmen, zwingt man das Personal, die unmöglichsten Dienste möglich zu machen. Wir haben auch keine Hoffnung, daß dieser Beweis von Garmisch etwa eine Verbesserung in Form der Wiederbefehlsung der Lokomotive mit dem zweiten technischen Beamten bringen wird. Man wird auch keine Änderung da einreden lassen, wo z. B. Züge in Steigungen von elektrischen Lokomotiven geschoben werden und auch nur mit einem Lokomotivbeamten besetzt sind. Bei der Fahrt den Berg hinauf ist diese Scheitellokomotive mit dem Zug verbunden. Mit der Erreichung des Scheitelpunktes wird sie abgehängt und fährt nun allein mit einem Beamten besetzt zu Tale. Angenommen, dieser Lokomotivführer stürzt ab, oder wird ohnmächtig, dann saust die Maschine unaufhaltsam schneller werdend den Berg hinab. Kühn rechnend behauptet die Verwaltung, es passieren so wenig Unfälle, daß eine Änderung der bestehenden Bestimmungen nicht notwendig ist.

Die Reichsbahn kennt nur noch eine Regelung, das ist Verschärfung der Vorschriften und erneute Strafandrohung; damit ist der Fall nach der Untersuchung der Angelegenheit erledigt. Der Sündernach ist das Personal auf alle Fälle, denn ein Passus aus den Vorschriften büßern ist bestimmt nicht eingehalten worden. Dabei weiß jeder Eingeweihte, auch die oberen Stellen selbst, daß, wenn jeder Eisenbahnbeamte im Betrieb und Verkehr genau nach den Hunderten von Vorschriften arbeiten würde, die ganze Eisenbahn zum Stillstand kommen müßte. Hier muß die doch am stärksten interessierte Öffentlichkeit unbedingt eine durchgreifende Änderung und Verbesserung verlangen. Sparsamkeit darf nur soweit maßgebend sein, wie eine Minderung der Betriebssicherheit nicht dadurch bedingt wird.

Lohnbewegung der Bautechniker.

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten hatte zum Freitag nach dem Nordischen Hof eine öffentliche Bautechnikerversammlung einberufen, die sehr gut besucht war. Nach einem durch zahlreiche Lichtbilder ergänzten Vortrag des Stadtdirektors Bruno Lau über „Die Bautechniker und die neue Baukunst“ sprach Genosse Schnell vom Vortab über die Frage: „Wie gelangen wir zu einem annehmbaren Bezirktarif?“

Er ging zunächst auf die langwierigen Verhandlungen ein, die nötig waren, um für die Bautechniker den Reichstaxi zustande zu bringen, der am 15. Februar in Kraft getreten ist. Die Gehälter der Berliner Bautechniker sollten durch bezirkliche Verhandlungen festgelegt werden. In diesen Verhandlungen am 1. März wurden vom Vortab folgende Mindestgehälter gefordert: wurden vom Vortab folgende Mindestgehälter gefordert: Gruppe 1 150 M., Gruppe 2 200 M., Gruppe 3 300 M., Gruppe 4 400 M. Die Unternehmer stellten diesen Forderungen, denen sich auch der Verband Deutscher Techniker anschloß, folgendes Angebot gegenüber: Gruppe 1 110 M., Gruppe 2 160 M., Gruppe 3 220 M. und Gruppe 4 315 M. Da die Vertreter der Techniker dieses Angebot der Unternehmer als völlig undiskutabel zurückwiesen, die Unternehmer zu weiteren Zugeständnissen nicht zu bewegen waren, scheiterten die Verhandlungen.

Die Unternehmer werden nun wahrscheinlich das Hauptparlament zur Entscheidung anrufen. Genosse Schnell forderte die Anwesenden auf, in ihren Reihen die regste Propaganda zu entfalten, um auch den letzten nichtorganisierten Bautechniker der Organisation zuzuführen. Wenn auch das Organisationsverhältnis der Bautechniker an sich gut ist, so müssen sie sich doch an den Unternehmern ein Beispiel nehmen und sich wie diese lüdenlos organisieren. Ein Maurer verdient heute bei einem Stundenlohn von 1,25 M. und 200 Arbeitsstunden im Monat 250 M., ein Bauhilfsarbeiter bei einem Stundenlohn von 96 Pf. 192 M. Diese Löhne sind den Bauarbeitern aber nicht durch Verhandlungen in den Schoß gefallen, sondern mußten schwer erkämpft werden. An

den Handarbeitern müssen sich die Bautechniker ein Beispiel nehmen. Durch Verhandlungen allein werden sie bei dem Starrsinn der Bauunternehmer niemals auskömmliche Gehälter erreichen; sie müssen schließlich auch einmal zu dem letzten gewerkschaftlichen Mittel, dem Streik, greifen. Voraussetzung für dessen Gelingen ist nun aber eine geschlossene Organisation.

Nach dem beifällig aufgenommenen Referat fand eine Entschließung einstimmig Annahme, die das Angebot der Unternehmer entschieden ablehnt und den Vortab auffordert, kein Mittel unversucht zu lassen, um zu einer annehmbaren Regelung der Gehälter der Bautechniker zu kommen. Eine weitere Entschließung, die sich gegen die falsche Verwendung der Hauszinssteuer wendet und ihre bessere Verteilung fordert, die eine Belebung des Baumarcktes und Verminderung der Arbeitslosigkeit nach sich ziehen würde, fand ebenfalls einstimmige Annahme.

Das Handwerk der Fensterputzer. Ein Zünftlerstreik.

Die Arbeit des Stiefputzers oder die des Fensterputzers ist gewiß ebenso achtenswert wie irgendeine andere Arbeit. Allein die „Fenster- und Glasreinigungsmeister“ in Leipzig begünstigten sich mit dieser Anerkennung keineswegs. Sie strebten nach „Höherem“, nach Anerkennung ihrer Tätigkeit als besonderes Handwerk. Böse Zungen behaupten, es drehe sich dabei hauptsächlich um das Recht, Lehrlinge zu halten. Die Leipziger Gewerkschaften sahen keinen Anlaß geboten, die Beiträge der Fensterreinigungsmeister zu verachten und hob das neue Handwerk aus der Taufe. Auch keine Zwangsinnung hat das neugeborene Fensterreinigungsgewerbe bekommen.

Die neuen Innungsmeister wollten natürlich von ihren anerkannten Rechten Gebrauch machen und fordern vom Arbeitsamt die Zulassung von Lehrlingen. Von der Meisterprüfung sind die Glasreinigungs-Zwangsinnungsmeister hoffentlich befreit, so daß sie unbeschadet der Vorschrift des § 133 der Gewerbeordnung die Befugnis zur Anweisung von Lehrlingen von der Gewerkschaft erhalten bekommen haben. Es fehlen nur noch die Eltern oder Vormünder, die derart mit Dummheit gestraft sind, daß sie diesem „Handwerk“ Vorkuhb leisten, indem sie ihm Lehrlinge zuführen.

Die bisherige tarifliche Bestimmung, daß Anfänger im Glasreinigen während der ersten drei Monate nur die Hälfte des vollen Lohnes erhalten, hat den Unternehmern offenbar nicht genügt. Aber aus den bisher ungelerten Arbeitern der Fensterreinigungsinstitute sind jetzt Handwerksgehilfen geworden, die sich selbständig nicht länger mehr mit den Löhnen für Ungelernte begnügen können, sondern Gehälter ohne Lohn fordern werden. Das haben die Meister wohl nicht bedacht.

Einigung in der Solinger Scherenindustrie.

Köln, 10. April. (Wfb.) Seit Monaten herrscht in der Solinger Scherenindustrie ein Streik, der zur Aussperrung von 3000 Scherenarbeitern geführt hat. Jetzt ist es endlich gelungen, nach lauzen Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, endgültig zu einer Einigung zu gelangen. Das Abkommen sichert die Wiederaufnahme der Arbeit, bringt die Erklärung der Arbeitgeber, nicht die Heimarbeit in ihrer Gesamtheit zu beseitigen und andererseits die Garantie der Gewerkschaften, notwendig erscheinende Teilarbeit und Einführung von Fabrikarbeit nicht hindern zu wollen.

Eröffnung des Balkangewerkschaftskongresses.

Sofia, 10. April. (Wfb.) (vom Brüssel-Berichterstatter des Wfb.) Heute vormittag wurde die von der Amsterdamer Internationale veranstaltete Balkangewerkschaftskonferenz hier eröffnet. Anwesend waren außer dem Vizepräsidenten Mertens und dem Sekretär Sosenko vom Internationalen Gewerkschaftsbund vier Vertreter internationaler Berufssekretariate, darunter der Transportarbeitersekretär Timmer, der gleichzeitig für den Kongreß bulgarischer Eisenbahner gekommen ist, sowie je 10 Vertreter bulgarischer und südslawischer Gewerkschaften. Die griechischen Vertreter sind noch nicht eingetroffen. Rumänien hat drei, Ungarn zwei und die Tschechoslowakei einen Vertreter ihrer Gewerkschaften entsandt. Auf der Tagesordnung der zweitägigen Konferenz stehen folgende drei Punkte: 1. Die Wirtschaftslage der Arbeiter des Balkans und die Lage ihrer Gewerkschaften. 2. Koalitionsrecht und Praxis der Behörden aus dem Balkan. 3. Sozialpolitische Forderungen. Zweck der Konferenz ist die Aufstellung allgemeiner gewerkschaftlicher Grundsätze für die Balkanländer, Förderung und eotl. Neubildung gewerkschaftlicher Vereinigungen, Annäherung der Balkangewerkschaften untereinander sowie Erbringung des Beweises vor den Balkanregierungen, daß die Gewerkschaften existenzberechtigt und für den Weltfrieden notwendig seien.

Sofia, 10. April. (Bulgarische Telegraphen Agentur.) Die Eröffnungsrede auf dem Kongreß der Gewerkschaften des Balkans hielt der Sekretär des Bulgarischen Gewerkschaftsbundes Danow. Den Vortab führt Mertens. Nach Ansprachen der Delegierten der verschiedenen Nationen setzte der Kongreß drei Ausschüsse ein, die während des ganzen Nachmittags arbeiteten. Morgen werden die Ausschüsse dem Kongreß Bericht erstatten, worauf die Abstimmungen über die von ihnen vorgelegten Entschließungen stattfinden werden. In der heutigen Eröffnungsitzung wurde mit besonderem Beifall die Rede des jugoslawischen Delegierten Pavicewitsch aufgenommen, der nachdrücklich auf die Notwendigkeit für die Arbeiterklassen Jugoslawiens und Bulgariens hinwies, mit allen Mitteln eine bulgarisch-jugoslawische Verbrüderung herbeizuführen.

In der Inflationszange.

Paris, 10. April. (Eigener Drahtbericht.) In Frankreich sind gegenwärtig Verhandlungen über die Erhöhung der Löhne und Gehälter der französischen Eisenbahner im Gange. Die Eisenbahngesellschaften haben eine vorläufige Erhöhung sämtlicher Gehälter und Löhne von 12 Proz. vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wird von den Eisenbahnern als unzureichend betrachtet. Sie fordern eine Erhöhung der niedrigen Lohnstufen um 35 und der mittleren und höheren Stufen um 30 bzw. 20 Proz. sowie einen besonderen Teuerungszuschlag. Die Verhandlungen gehen weiter.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Wirtschaft Wendung in England?

Infer Londoner Korrespondent schreibt uns: Das britische Volk hat geraume Zeit gebraucht, um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, insbesondere die sinkenden Ausfuhrziffern, als Folge des verminderten Weltbedarfs an Waren zu begreifen, nachdem es sie jahrelang als Auswirkungen eines vorübergehenden Rückschlages des Konjunkturpulses, der durch Währungserrützung auf dem Festland erzeugten ungewöhnlichen Markt- und Wettbewerbverhältnisse und der Konkurrenzunfähigkeit der englischen Industrie bewertet hatte. Für den engen Zusammenhang der Wirtschaftskrise in England mit der verminderten Nachfrage nach Waren auf dem Weltmarkt spricht besonders die Tatsache, daß Großbritannien trotz seiner hohen Herstellungskosten und seiner hohen Preise seinen prozentualen Anteil am Weltmarkt auch in den Nachkriegsjahren aufrechterhalten konnte. Das beweist, wie sehr auf dem Weltmarkt die britische Ware ihrer Qualität wegen selbst angesichts der durch Inflation und andere Ursachen verbilligten festländischen Warenproduktion geschätzt wird, ändert aber nichts daran, daß die englischen Ausfuhrziffern absolut gesunken sind. Die unbefriedigenden Produktionsstatistiken, die Betriebsstilllegungen und die, in einem bisher nicht gekannten Ausmaß wachsende industrielle Reservearmee Englands sprechen auch eine allzu deutliche Sprache.

Gegenüber dieser Entwicklung war der Gedanke nur natürlich, den Kampf um eine Vergrößerung des britischen Anteils am Weltmarkt aufzunehmen, ebenso wie der Schlachtruf nach Verbilligung der Produktion durch Herabsetzung des festländischen Anteils an der Weltproduktion des englischen Unternehmertums fast selbstverständlich erscheint. Die Trogölle einer Senkung der Herstellungskosten durch Lohnreduktion füllt die Jahre 1921 bis 1924 aus. Die sinkenden Löhne drückten den einst auf seinen Lebensstandard so stolzen britischen Arbeiter, soweit die Kaufkraft seines Lohnes in Frage kommt, unter den Stand des festländischen Arbeiters herab. Aber von einer Ueberwindung der Krise mit diesen Mitteln bemerkte man nichts und so hat das Ende des Jahres 1923 den völligen Zusammenbruch des großen Versuches gebracht, die Krise durch Lohnreduktion zu beenden. Die Exportquote war trotz dieses verzweifelten Versuches nicht vergrößert worden. Vielmehr hatte die Ausbuchtung des Binnenmarktes durch Lohnkürzung zu einer verhängnisvollen Verschärfung der Krise geführt. Der Reflex der mangelhaften Liquidation der Krise war ein in England noch nie gekannter Wirtschaftspessimismus. In Zeitungsartikeln wurde die Frage aufgeworfen, „ob es mit England zu Ende gehe“ und besonders in der „Neuen Welt“ entstand der Eindruck, „daß Großbritannien für die Zukunft der Weltwirtschaft nur einen Faktor von abnehmender Bedeutung darstelle“. Der schiefe Turm, mit dem Heinrich Heine schon vor beinahe 100 Jahren England verglichen hatte, schien wieder einmal bedenklich zu wanken und das um so mehr, da Großbritannien in diesem Zeitpunkt auch in seiner Kolonial- und Dominalpolitik auf ein Jahr nie gekannter Inflation zurückblicken konnte.

Nachdem sich die Unmöglichkeit der Wirtschaftsanierung auf Kosten der Arbeiterschaft durch Lohnkürzung und schukgöllerische Politik erwiesen hatte, vielleicht auch im Zusammenhang mit der großen, von den ungeachteten technischen Fortschritten ständig neuen Impuls erhaltenden Rationalisierungswelle trat im Anfang des Jahres 1926 gegenüber dem Krisenproblem auch in England ein neuer Gedanke in Erscheinung: man ist, ähnlich wie in anderen Ländern, mehr geneigt, das ausschließliche Rennen um eine Vergrößerung der Ausfuhrquote aufzugeben und von der Schutzpolitik keine wesentlichen Korrekturen der augenblicklichen Wirtschaftslage zu erwarten; dagegen ist man zu dem Versuch bereit, die Krise von innen heraus zu überwinden. Der von den deutschen sozialistischen Wirtschaftstheoretikern seit drei Jahren propagierte Gedanke, daß der Warenabfall weniger von der Kapitalzahl und der Größe eines Wirtschaftsgebietes als von der Gestaltung der Kaufkraft abhängt, hat in die englische Wirtschaftspolitik Eingang gefunden. Die Agrartampagne, die Lloyd George mit seiner feinen Bitterung für Wirtschaftsnotwendigkeiten in Szene setzte, war ein ernstes Beispiel für den neuen Schritt in England zur Ueberwindung der Krise und die konstruktiven Gedanken des britischen Elektrizitätsplanes (Elektrizitätsbill) und die bekommenen Vorschläge des Kohlenberichtes seine Begleitmusik.

Bei alledem handelt es sich um die Entscheidung, ob die englische Wirtschaft weiter in traditionellen Bahnen wandeln oder ob sie sich an dem amerikanischen Beispiel (Erhöhung der Löhne zwecks Stärkung der Kaufkraft) neu orientieren und durch eine Politik der hohen Löhne und der damit zwangsweise verbundenen technischen Umstellung des ganzen Produktionsapparates und des Produktionsprozesses einen besseren Versuch zur Liquidation der Wirtschaftskrise machen will. Auf jeden Fall hat das amerikanische Beispiel, diese revolutionäre Wendung des Kapitalismus, alle denkenden Wirtschaftler in England aufs tiefste aufgerüttelt und die Preise hat sich, indem sie Berichte aus Amerika mit Schilderung des erhöhten Lebensstandards brachte, für den Versuch dieser neuen Krisenliquidation stark ins Zeug gelegt. Wenn nicht alles täuscht, ist in dem zu beobachtenden Ringen um eine Anpassung der amerikanischen Methoden an die englischen Verhältnisse, ähnlich wie man das Problem technisch in Deutschland angefaßt hat, mit einer neuen, und zwar ganz entscheidenden Situation in der britischen Wirtschaft zu rechnen. Fraglich ist es aber, ob die britische Industrie die Entschlußfähigkeit findet, dem amerikanischen Beispiel restlos zu folgen. Bisher hat sich immer gezeigt — und das wurde auch vor einigen Tagen im „New Statesman“ betont —, daß wissenschaftliche Betriebsführung in England nichts anderes bedeutet, als Mittel und Wege zu finden, aus dem Arbeiter mehr als bisher herauszuwirbeln, ohne ihm entsprechende Lohnerhöhungen zukommen zu lassen.

Verantwortlich für Inhalt: Richard Verbein; Wirtschaft: Kurt Selzer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: Dr. John Schimanski; Verlags- und Konfirmation: Erik Rühl; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Berlin: Bornstr.-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornstr.-Verlag und Verlagsanstalt Carl Sauer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Berliner Elektriker Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sog. Baubetriebe
Berlin N. 24, Elsäasser Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6525, 6526
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4. Tel.: Pfalzburg 9631
Ausstellungsräume und Lager:
Alexanderstraße 39-40 (Alexander
Passage), Telefon: Königsplatz 540
Herstellung elektr. Licht-,
Kraft- und Signalanlagen. Ver-
kauf aller elektr. Bedarfsartikel
Ausführz. sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Putzwolle, Putzlappen, Schleifertuche
haben abzugeben
Geb. Holzinger,
Tel.-Neukölln 4545/47
Neue
Kaare
wachsen schon wieder!
Reichels Haartraft-
wasser „Zufra“
wirkt Wunder nach
knalligen Einreiben.
So lauten die An-
erkennungsnr. 2, 25
und 28 230. In Pro-
gerien, feint bei Otto
Reichel, Berlin 48.

VOLKSRADIO
HAUS
Neanderstr. 1
Ecke Köpenickerstr. Kein Laden!
Vorführung täglich bis 7 Uhr
VERLANGEN SIE VERTRETER-BESUCH!
1-2 u. 3
RÜNDEN-
ZEITUNG
APPARATE
ODEON-LAUTSPRECHER
P. S. S. S. S. S.
S. S. S. S. S. S.
S. S. S. S. S. S.

Kräuter - Franzbranntwein
Überall erhältlich
KOPP & JOSEPH
Berlin W.

URANIA
12 Monatshefte
und 4 Bücher
Der proletarische Kosmos
Zu beziehen durch die Annahmestellen
und die Botenfrauen des „Vorwärts“

Gardinen!
Sonderangebote
und
Gelegenheitskäufe
in
Küster-
Gardinen . . . 2.90
Madras-
Gardinen . . . 4.-
Stores . . . 2.20
Bettedecken
1 bettig . . . 4.-
Bettedecken
2 bettig . . . 8.-
Spez. Gardinenwurst,
Neukölln,
Bergstr. 67
am Rln bahnhof
Kein Laden!

Der gute Kapitän-
Kaufabak
ist in den meisten Dampfer-
codellen erhältlich
C. Rücker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgat. 3861

DER KLEINE BROCKHAUS
Preis M. 23.-
Zu beziehen durch
J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 2
(Abteilung Sortiment)
und sämtl. Vorwärts-Anzahlbestellen

Metallbetten
Stahlmattressen, Kinderbetten (auch in Holz),
Kat. 600 fr. Eisenmöbelabrik Suhl Thür. SO. 6/25a-6/25b, 4.